



# INKLUSION: ACHT

Ohne materielle Absicherung und trotz grober Mängel wird die Inklusion auf den Weg gebracht

Die von der schwarz-grünen Vorgängerregierung eingerichtete Baustelle Inklusion in der Hamburger Schullandschaft wird immer größer. Es wird zwar abgerissen und umgebaut. Es fehlen jedoch ein solides Fundament, eine sichere Planung sowie ausreichend und gut ausgebildete Handwerker, um das inklusive Haus zu errichten. Diese Planungsfehler wirken sich bereits jetzt vor allem in den Stadtteilschulen aus.

Die inklusive Beschulung von Schülern mit den sonderpädagogischen Förderbedarfen Lernen, Sprache und emotional-soziale Entwicklung (LSE) ist sprunghaft von etwa 30 auf über 500 SchülerInnen an den Stadtteilschulen angestiegen. Die Schulleitungen aller Hamburger Stadtteilschulen wiesen Mitte September in einem Positionspapier auf die mangelhaften Bedingungen hin. Sie appellierten an die Regierenden und die Bürgerschaftsabgeordneten: „In dem Doppelhaushalt 2011/12, der in den nächsten Wochen in der Bürgerschaft beraten wird, müssen erhebliche zusätzliche Mittel für eine ausreichende personelle und räumliche Ausstattung der schulischen Integration entsprechend den oben dargestellten Notwendigkeiten bereitgestellt werden.“

Der Schulentwicklungsplan vom Oktober 2011 enthält außer der Schließung von Sonderschulen keine Aussagen zur Inklusion.

In einer Presseerklärung vom 23.11.2011 hat Senator Ties Rabe seine Eckpunkte für ein inklusives Bildungskonzept



vorgelegt. Die personelle Ausstattung, die den Schulen in Aussicht gestellt wird, fällt weit zurück hinter bisherige Hamburger Standards in der Integration (Integrationsklassen, Integrative Regelklassen, Integrative Förderzentren).

Es gibt noch immer keine zieldifferenten Bildungspläne für SchülerInnen mit sonderpädagogischem Förderbedarf. Es fehlen auf Inklusion ausgerichtete Zeugnisformate. Die jetzigen Ausbildungs- und Prüfungsordnungen schließen lernbehinderte SchülerInnen von vornherein wegen fehlender Kompetenzen von Abschlussprüfungen aus. Es gibt keinen auf Inklusion ausgelegten Musterflächenplan. Es fehlen Sachmittel für die Umset-

zung der Inklusion.

Während für die Primarschulreform mit Unterstützung aller Bürgerschaftsfraktionen viele Millionen Euro Mehrkosten eingeplant wurden, ist bis heute für das zweite große Reformvorhaben, die Inklusion, kein einziger Euro zusätzlich vorgesehen. Es ist vielmehr zu befürchten, dass Stellen für SonderpädagogInnen im großen Stil umgewidmet und abgebaut werden. Gelingende Inklusion benötigt aber eine ausreichende personelle, materielle und räumliche Ausstattung. Eine Baustelle ist so abzusichern, dass hiervon keine Gefahren und Schäden für Einzelne oder die Allgemeinheit ausgehen.

ULLA KEHL  
Schulleiterin Schule Präbenweg